



Politische Korrektheit und die Macht der Minderheiten

Political Correctness, während langer Zeit lediglich anekdotisches Phänomen des zwischenmenschlichen Umgangs auf dem Campus amerikanischer Universitäten, ist zur allgegenwärtigen Lebensbegleiterin und zum prägenden Element des gesellschaftlichen Diskurses schlechthin geworden. Die politische Korrektheit entfaltet ihre Hauptwirkung längst nicht mehr am spezifischen Fall selbst, sondern mittels ihrer Antizipation: Rote Linien für das, was thematisiert und diskutiert werden darf und was nicht, durchziehen die politische Landschaft und legen Tabuzonen fest. Was resultiert, ist eine durch Redeverbote beeinträchtigte politische Willensbildung. Wahl- und Abstimmungsentscheide der jüngeren Zeit in reifen Demokratien dies- und jenseits des Atlantiks weisen auf die Ernsthaftigkeit der entstandenen Problematik hin.

Eine Analyse der politischen Korrektheit über das rein Phänomenologische hinaus scheint deshalb dringend nötig. Eine Einordnung in rechtssystematischer Hinsicht lässt vermuten, dass die politische Korrektheit als quasi neuer Strafrechtstatbestand beschrieben werden muss. Allerdings handelt es sich nicht um ordentliches, von einem Gesetzgeber erlassenes Recht, sondern um durch gesellschaftliche Kräfte geschaffenes „Soft law“, bei dem es an Regeln für die Beweislast und die Unschuldsvermutung mangelt, das keinerlei Rechtsmittel kennt und keine ordentlichen Gerichte; es wird vom Mob in Lynch-Justiz vollzogen. Die *bergsicht* spricht vom „faschistoiden Kern“ der politischen Korrektheit.

Ein zweiter analytischer Anlauf erfolgt entlang der Methoden der Politökonomie. Demokratie, ob parlamentarisch oder direkt, begünstigt die „Bewirtschaftung“ von Minderheitsinteressen zur Erlangung von Stimmen gegenüber der Mehrheit, weil Benefit und Kosten pro Kopf asymmetrisch ausfallen. Durch die politische Korrektheit wird die Minderheitsbegünstigung moralisch gegenüber den Mehrheitsinteressen „geadelt“, ja, es wird eine Situation geschaffen, in der aus vielen Minderheiten eine Mehrheit Benachteiligter entsteht. Politische Korrektheit wird so zum wirkungsvollen Kohäsionsinstrument; „Benachteiligte aller Nationen, vereinigt euch!“ könnte deren Schlachtruf heissen.

Weshalb die politische Korrektheit sich zu einem wesentlichen Element des Zeitgeistes entwickelt hat, muss auch Gegenstand einer weiteren, sozialpsychologischen Betrachtung sein. Überaus rücksichtsvolle Erziehungsmethoden durch die Nach-68er hätten zu einer Generation Jugendlicher geführt, deren Frustrationstoleranz so tief zu veranschlagen ist, dass sie wie „eine Schneeflocke weggeblasen“ werden könnte. Es könnte aber auch sein, dass die dermassen feinfühlig-jungen einen neuen Stil des zwischenmenschlichen Umgangs in gesellschaftlich herausfordernden Verhältnissen gefunden hätten. Den psychologisierenden Erklärungsversuchen sind allerdings die mitunter brutalen Sanktionsmechanismen und die Lynchjustiz entgegenzuhalten. Eine neue Stoa verhielte sich gelassener!

Ein vierter Analyseansatz fokussiert sich auf die neuen Möglichkeiten der Datenverarbeitung und Kommunikationsmittel. Erst durch die Digitalisierung ist es möglich geworden, Unterschiedlichkeiten und damit auch Benachteiligung auf breiterer Ebene festzustellen. „Irgendwie sind wir alle zu Diskriminierten, Benachteiligten geworden“, so die Erkenntnis. Dank den immens gesunkenen Informations- und Transaktionskosten sind auf der anderen Seite die Möglichkeiten, Koalitionen unter angeblich oder tatsächlich Benachteiligten zu finden, enorm gestiegen. Die Benachteiligten-/Minderheitsbewirtschaftung wird so in der Demokratie wohlfeil; politische Korrektheit und aktiver Moralismus sind der Treibstoff dazu.

Ein Lösungsansatz für die Problematik besteht darin, sich zumindest zeitweise durch die Schaffung von „Unschärfezonen“ den Gesetzmäßigkeiten der politischen Korrektheit zu entziehen, um den tabulosen Diskurs doch immer wieder zu ermöglichen. Ausserdem muss davon ausgegangen werden, dass der Mehrheitsstandpunkt der „Gewöhnlichen“ bald wieder moralischen Auftrieb erhält und mithin politische Bedeutung wiedererlangt.